



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Fakten – Themen – Perspektiven

Jahresbericht

2019

Impressum

Redaktion: Uta Löhner, Rupert Grübl

Redaktionsassistenten: Alexandra von Schack, Wiebke Meiwald

Bildnachweis: Soweit nicht anders gekennzeichnet:
Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Gestaltung: MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH
Schlieffenstraße 60
42329 Wuppertal

Druck: Wenng Druck GmbH
Breslauer Straße 7
91550 Dinkelsbühl

Vorwort



Rupert Grübl, Direktor

2019 war für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ein Jahr des Umbruchs in mehrfacher Hinsicht. Am 1. Januar 2019 trat, zeitgleich mit meinem Amtsantritt, ein vom Landtag im Oktober 2018 einstimmig verabschiedetes Gesetz¹ in Kraft, mit dem die Landeszentrale aus dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus herausgelöst und in eine sog. teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts überführt und als nachgeordnete Behörde des Ministeriums etabliert wurde. Dieses Gesetz erweitert den Aufgabebereich der Landeszentrale auch um zwei neue Aspekte, die zusammengefasst werden können mit den Schlagwörtern ‚Extremismusprävention‘ und ‚politische Bildung online‘. Es soll so „durch Aufklärungs- und Bildungsarbeit, die präventiv wirkt, dem politischen und religiösen Extremismus sowie demokratiegefährdenden Haltungen und Handlungen entgegen[ge]wirk[t]“² werden. Darüber hinaus soll ein Beitrag dazu geleistet werden, mit „Aufklärungs- und Bildungsarbeit die Gesellschaft des digitalen Zeitalters für neue Formen demokratischer Mitgestaltung zu öffnen, aber auch für Gefährdungen in den sozialen Medien zu sensibilisieren, sie zu aktiver Teilnahme an politischen Debatten im Internet sowie zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den sozialen Medien zu befähigen“³. Um diese neuen Aufgaben bewältigen zu können, wurden

der Landeszentrale zwölf neue Planstellen bewilligt. Zugleich war es nun nötig, dem Amt eine neue Struktur zu geben: Es wurden zwei neue Referate geschaffen und die nun sechs Referate in zwei Abteilungen untergliedert. Parallel zu dieser strukturellen Umgestaltung erfolgte die Besetzung der o.g. neuen Stellen.

Zudem wurde das ganze Jahr über – unter genauer Beobachtung der Öffentlichkeit – die Umsetzung eines Auftrags der Staatsregierung vorangetrieben: die Errichtung einer Außenstelle der Landeszentrale in Augsburg. Hierzu wurde in intensiver Arbeit zusammen mit Verhandlungspartnern der Hauptstadt des Regierungsbezirkes Schwaben sowie mit Unterstützung der Rechts- und Fachaufsicht im Kultusministerium ein tragfähiges Konzept erarbeitet und es mussten Räumlichkeiten für die Außenstelle in Augsburg gefunden werden. Die Außenstelle wird im Lauf des Jahres 2020 ihre Arbeit aufnehmen.

Dass die inhaltliche Arbeit der Landeszentrale unter all diesen Veränderungen nicht gelitten hat, hierfür soll dieser Jahresbericht Beweis ablegen.

Für ihren außerordentlichen Einsatz bei der Bewältigung der Herausforderungen des Jahres 2019 möchte ich mich bei allen Mitarbeiter*innen der Landeszentrale sowie bei den Kolleg*innen des Kultusministeriums ganz herzlich bedanken.

Rupert Grübl

1 Gesetz über die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (LzPolBiG) vom 9. Oktober 2018

2 Ebd. Art. 2 Nr. 2

3 Ebd. Art. 2 Nr. 3

Inhalt

Vorwort	3
Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit	5
Das Team der Landeszentrale	5
Die Aufgaben der Landeszentrale	6
Kooperationspartner im Jahr 2019	7
Publikationen 2019	8
Historisch-politische Bildungsarbeit	9
Nationalsozialistische Hinterlassenschaften: Umgang mit Tätergeschichte	9
Die „Graphic Novel“ als Medium der politischen Bildung	10
Themenwoche „Frauen in Bewegung“	11
30 Jahre Mauerfall	12
„Bayerns Weg in die moderne deutsche Demokratie und nach Europa“	14
Lernorte als Begegnungs- und Informationsformate für Schülergruppen	15
„Lernort Staatsregierung“	15
30 Jahre „Lernort Staatsregierung“	16
„Lernort Rathaus“ und weitere Angebote zur kommunalpolitischen Bildung	17
Politische Bildungsarbeit zu Europa	18
Anwachsender Nationalismus in Europa	18
Juniorwahl zur Europawahl	18
Ein Bus für Europa	19
Politische Bildungsarbeit im Zeitalter der Digitalisierung	20
Die digitale Transformation als gesellschaftliche Herausforderung	20
Was bedeutet die digitale Transformation für die Landeszentrale?	21
Vorbeugung und Aufklärung über Extremismen und demokratiegefährdende Einstellungen, Antidiskriminierungs- und Integrationsarbeit, Werteerziehung	23
Aus der Verwaltung	27
Institutionelle Förderung	27
Verwaltungsleitung	27

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Das Team der Landeszentrale

Rupert Grübl, Direktor
Stellvertretung:
Monika Franz, Uta Löhner

Abteilung I

Monika Franz,
mit der Leitung von Abteilung I beauftragt
Markus Baar
Karla Frank
Christina Gibbs
Matthias Haberl
Sabine Lauterbach (bis März 2019)
Beate Michl
Alexander Müller
Philipp Rabl (bis August 2019)
Brigitte Schneider
Dr. Ludwig Unger
Barbara Weishaupt

Abteilung II

Uta Löhner,
mit der Leitung von Abteilung II beauftragt
Christina Albert

Dr. Maria Fröhlich (bis Mai 2019)
Shirin Kasraeian Moghaddam
Patrick Lenz
Angela Nienierza (bis Dezember 2019)
Maximilian Nominacher
Alexandra Ochs
Alexandra von Schack
Christine Schmid-Mägele (bis Juli 2019)
Dr. Konrad Sziedat
Johannes Uschalt

Verwaltung

Dr. Andreas Meyer, Verwaltungsleiter bis Februar 2019
Dr. Hubertus Riedl, Verwaltungsleiter seit März 2019
Hans Bals
Anne Dreßler
Roswitha Ippisch
Sabine Johannsen
Markus Nusselt
Marion Schreieck (bis März 2019)
Philipp Seißler
Angela Wittmann

Die Aufgaben der Landeszentrale

„Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit hat die Aufgabe, auf überparteilicher Grundlage das Gedankengut der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung im Bewusstsein der Bevölkerung zu fördern und zu festigen.“ (Art. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit)

Die hier formulierte Kernaufgabe gilt es auf überparteilicher Basis in der Fläche des Landes umzusetzen. Vorrangiges Ziel ist es dabei, einen Beitrag zur Toleranz- und Werteerziehung zu leisten, die demokratische Kompetenz zu stärken sowie das politische Bewusstsein zu fördern. Dazu gehört insbesondere, die Bevölkerung zu politischem und ehrenamtlichem Engagement und der Teilhabe an politischen Prozessen zu ermutigen. Dies ist ein Anliegen, das speziell die kommunale Ebene als Ort der unmittelbaren Demokratie und Teilhabe in den Blick rücken lässt. Allgemein stehen die Menschen und ihre jeweiligen Lebensumstände im Fokus. Daraus resultiert die Beschäftigung mit Themen, die jeden von uns angehen und Auswirkungen auf unser Leben haben. Die Themenpalette reicht hier von Nachhaltigkeit über Integration und Migration bis hin zur Frage der aktuellen Entwicklungen in den sozialen Beziehungen. Alle Aufgabenbereiche der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit haben darüber hinaus ein gemeinsames Ziel: durch Aufklärungsarbeit extremistischen Haltungen, Auffassungen und Positionen entgegenzuwirken.

Zur Tätigkeit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zählen überdies die Darstellung und Aufbereitung geschichtlicher, gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge. Als historische Voraussetzung der Gegenwart rücken insbesondere die Geschichte Bayerns seit Beginn des 19. Jahrhunderts (Gründung des modernen Bayern) sowie die Zeitgeschichte im Mittelpunkt.

Zur Erfüllung der genannten Aufgaben stellt die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ein breites Spektrum an Vermittlungsangeboten und Kommunikationsmitteln für verschiedene Zielgruppen bereit. Die Angebote richten sich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, beinhalten jedoch vor allem auch spezielle Formate für Jugendliche und Multiplikatoren. Dazu gehören zahlreiche Veranstaltungen zu verschiedensten Themen. Im Fokus stehen dabei aktuell insbesondere die Themen Demokratieerziehung, Migration, Flucht & Asyl und Europa. Das Programm umfasst neben Einzelveranstaltungen auch ganzjährig stattfindende Angebote wie den Lernort Staatsregierung, das Projekt Perspektivwechsel oder Projektstage zu Flüchtlingen in Europa.

Zum anderen bietet die Landeszentrale ein umfassendes Programm an Publikationen und Medien, mit dem sich Interessierte über historische und aktuelle Themen informieren können. Die viermal jährlich erscheinende Zeitschrift „Einsichten und Perspektiven“ vermittelt vertiefende Einblicke in Themen der historisch-politischen Bildung und widmet sich ebenso wie die aktuellen Handreichungen und didaktisch-pädagogische Materialien, die zum Einsatz für bestimmte Zielgruppen didaktisch aufbereitet sind, den genannten Kernthemen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kooperiert die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit mit Einrichtungen und Vereinigungen, die sich der staatsbürgerlichen Erziehung und Fortbildung widmen.

Kooperationspartner im Jahr 2019

Die Landeszentrale hat auch im Jahr 2019 eine Vielzahl an Kooperationsprojekten durchgeführt.

Hier eine Auswahl der Kooperationspartner:

acatech - Akademie der Technikwissenschaften	German Dream
„Ach so ist das?“ – Projekt	Grandhotel Cosmopolis
Akademie für politische Bildung Tutzing	JFF – Institut für Medienpädagogik
ALP Dillingen	Kleeblatt Campus Fürth
Bayerisches Bündnis für Toleranz	Kulturbüro Muggenhof/Stadt Nürnberg
Bayerische Staatsbibliothek	Kunstdünger – Agentur für Kulturdesign
Bayerische Staatskanzlei	Landeshauptstadt München
Bundeszentrale für politische Bildung	LMU München
Bayerischer Rundfunk	Lila Podcast
Café Luitpold	Liminale – Festival der Freien Theater
Centrum für angewandte Politikforschung (CAP)	Literaturportal Bayern
Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur	lpb Baden Württemberg
Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände	Mediaschool Bayern
Eberhard-Karls-Universität Tübingen	Monacensia
Europäische Akademie Bayern	Münchner Seniorenbörse
Europäische Kommission	NS-Dokumentationszentrum München
Evangelische Akademie Tutzing	Verband Bayerischer Zeitungsverleger
Förderverein Erfahrungsfeld Nürnberg e.V.	Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments
Frauenstudien München e.V.	Verein für Fraueninteressen
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen	Verein Gemeinsam Mensch e.V.

Publikationen 2019

Auch im Jahr 2019 hat die BLZ neue Publikationen herausgegeben. Wie alle Publikationen sind diese über das Bestellportal der Staatsregierung <https://www.bestellen.bayern.de> erhältlich.

Herausgegeben von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

- Einsichten & Perspektiven 2019 (Ausgaben 1-4)
- Informationsheft Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019
- Informationsbroschüre zur Europawahl in Leichter Sprache
- Klaus Gestwa: Der Russische Revolutionszyklus
- Ingvild Richardsen: „Frei und gleich und würdig“. Die Frauenbewegung und der erste Bayerische Frauentag 1899
- Grundgesetz und Bayerische Verfassung
- Materialschuber lgbtiq.elementar
- Materialschuber debatteimnetz.elementar (2. Auflage)
- Klassensprecherwahlset (2. Auflage)

Ankäufe:

- Wir sind Europa – Ein Wissens- und Wertequiz
- Nachgefragt: Menschenrechte und Demokratie
- Michael Brenner: Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918-1923
- Wilhelm Bleek: Vormärz – Deutschlands Aufbruch in die Moderne 1815-1848
- Stefan Rahmstorf / Hans Joachim Schellnhuber: Der Klimawandel
- Jürgen Osterhammel / Niels P. Petersson: Geschichte der Globalisierung



Inhaltliche Schwerpunkte

Historisch-politische Bildungsarbeit

Seit der Gründung der Landeszentrale im Jahr 1955 ist die Auseinandersetzung mit Geschichte ein klassisches Themenfeld der politischen Bildung, mit besonderem Schwerpunkt der Zeitgeschichte seit 1917. Das bedeutet zum einen eine intensive Auseinandersetzung mit NS- und DDR-Geschichte, aber auch die Beschäftigung mit der deutschen Demokratiegeschichte. Zu den klassischen Formaten wie Büchern und Veranstaltungen kommen neue hinzu, wie Graphic Novels etc.

Nationalsozialistische Hinterlassenschaften: Umgang mit Tätergeschichte

Die Landeszentrale wirkte 2019 an der „Spring School“ des NS-Dokumentationszentrums München mit, in der es unter dem Titel „Nationalsozialistische Hinterlassenschaften“ um den Umgang mit NS-Tätergeschichte ging. Prof. Dr. Thomas Sandkühler leitete die Tagung mit der Frage „NS-Täterschaft in der historisch-politischen Bildung – Was lässt sich aus der Beschäftigung mit der NS-Täterschaft lernen?“ ein. Ein Schwerpunkt bildete die Diskussion, wie man sich mit diesen Fragen in der eigenen Familie beschäftigen könne. Alexandra Senfft, Friedemann Derschmidt und Oliver von Wrochem arbeiteten mit den Teilnehmer*innen in den Workshops „Der lange Schatten der Täter: Dem Schweigen der Täter mit Aufklärung begegnen“; „Ideologische Vererbungslehre“ oder wie lange der „Geist des Vergangenen“ nachwirkt und „Fragen an die Geschichte: Im Gespräch mit Angehörigen der zweiten

und dritten Generation“. Dabei wurde deutlich, dass dieser Teil der Geschichte immer noch stark in die Gegenwart und in die Familien hineinwirkt. In Blick auf die Bereiche außer-/schulische Bildung stand die Frage, wie man diesen Teil der deutschen Zeitgeschichte den nachwachsenden Generationen didaktisch angemessen vermitteln könne, im Mittelpunkt.

Zur Diskussion über den Widerstand gegen das NS-Regime 2019 wurde – auch im Kontext einer neuen Biographie über Graf von Stauffenberg – die Debatte über die Einordnung bzw. Bewertung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus besonders intensiv geführt. Die Redaktion der „Einsichten und Perspektiven“ sprach mit Sophie von Bechtolsheim, der Enkelin von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, über den schwierigen Umgang mit diesem Familienerbe und die aufgeheizte Diskussion über das gescheiterte Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944.

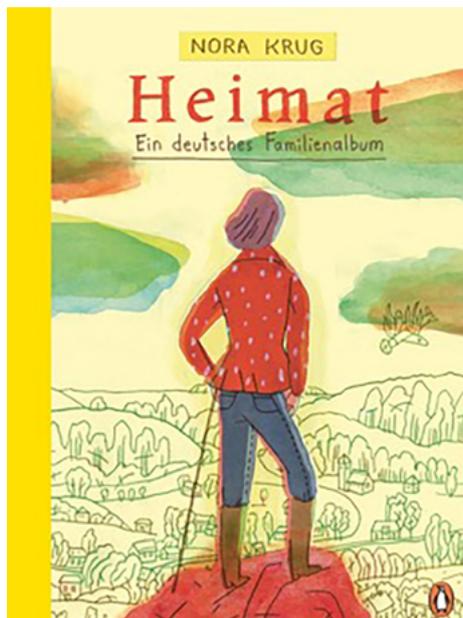


Das Foto der Glienicker Brücke am 11. November 1989 für das Cover stammt von Paul Glaser/Süddeutsche Zeitung Photo.



Die Graphic Novel als Medium der politischen Bildung

Lesen öffnet Horizonte – das gilt in der politischen Bildung nach wie vor. Dabei ändern sich Lesegewohnheiten und Rezeptionsweisen von Leserinnen und Lesern im digitalen Zeitalter stark und werden sehr viel individueller. Konnte die politische Bildung z.B. vor 15 Jahren noch weitgehend davon ausgehen, dass man einfach kluge Bücher zu wichtigen Themen vorlegen müsse und die Leute diese dann schon lesen und weiterverbreiten würden, so ist eine zielgruppenspezifische Ansprache heute das A und O, um möglichst viele Menschen zu erreichen.



Ein nicht ganz neues Medium, das im Vergleich zu Frankreich, Japan oder den USA in Deutschland erst sehr spät als ernstzunehmendes Format entdeckt wurde, ist die Graphic Novel. Es wird heute kaum mehr bestritten, dass es dabei nicht nur um die vereinfachte Veranschaulichung erzählter Geschichten geht, sondern in der speziellen Verbindung von Text und Bild etwas Neues entsteht, das nicht nur komplexe und auch schwierige Inhalte transportieren kann, sondern ganz neue künstlerische Zugänge zu vielen Themen gerade im Bereich der historisch-politischen Bildung bietet. Ein sehr bekanntes Beispiel dafür ist z.B. das Furore machende Comic „Maus“ von Art Spiegelman, der damit die Geschichte seiner Familie während des Holocaust thematisierte. Viele Graphic-Novel-Künstler*innen beschäftigen sich auch mit aktuellen politischen oder geschichtlichen Themen. Der Vorteil, der dabei im Vergleich zu rein fachlichen Publikationen besteht, ist, dass die Graphic Novel meist einen persönlichen Zugang zu ihrem Thema hat und Menschen und ihr Schicksal in den Mittelpunkt stellt, mit denen man als Leser*in

mitfühlen kann. Doch darüber hinaus ist sie auch ein Medium für intellektuelle Auseinandersetzungen.

Im Publikationsangebot der LZ ist seit 2019 ein sehr beeindruckendes Beispiel dafür erhältlich, nämlich „Heimat. Ein deutsches Familienalbum“ von Nora Krug. Die aus Baden-Württemberg stammende Illustratorin und Künstlerin setzt sich darin damit auseinander, wie sie nach ihrer Auswanderung nach New York ständig mit ihrer deutschen Identität und damit auch der deutschen Schuld an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung in Europa konfrontiert wird. Sie geht auf eine kreative Spurensuche der Geschichte ihrer Familie in der NS-Zeit, findet dabei befremdliche wie anrührende Quellen und setzt so ein Mosaik deutscher Identität zusammen. Dazu gehört unter anderem auch die Rubrik „Aus dem Notizbuch einer heimwehkranken Auswanderin“ einen „Katalog deutscher Dinge“ – der z.B. den Klebstoff „Uhu“ oder die „Gallseife“ beinhaltet. Auf Einladung der Landeszentrale hat Nora Krug im Münchner Presseclub am 19. November 2019 „Heimat“ selbst vorgestellt.

Die Landeszentrale baut sukzessive eine eigene Reihe auf, in der auch in Schulprojekten entstandene Graphic Novels zu finden sind. Den Anfang machte die deutsch-französische Publikation „Memoria 1914 – 1918“, in der Nicolas Dehais imaginiert, wie sich seine beiden Großväter als Feinde in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs gegenübergelegen haben könnten. Ebenfalls erhältlich bei der LZ ist die Graphic Novel „I got rhythm“ von Caroline Gille/Niels Schröder, die das Leben des jüdischen Jazz- und Swinggitarristen Coco Schumann erzählt. Schumann hatte Theresienstadt und Auschwitz überlebt und verstand sich nach eigener Aussage als „Musiker, der im KZ gesessen hat“ und nicht als „KZler, der Musik macht“.

Der Bereich dieses Formats soll in den kommenden Jahren wachsen: Für den Jahresbeginn 2020 ist der Ankauf des Graphic Diary von Anne Frank geplant und die Landeszentrale hat durchaus den Ehrgeiz, zu einem Graphic-Novel-Zentrum in der politischen Bildung zu werden.

Themenwoche „Frauen in Bewegung“



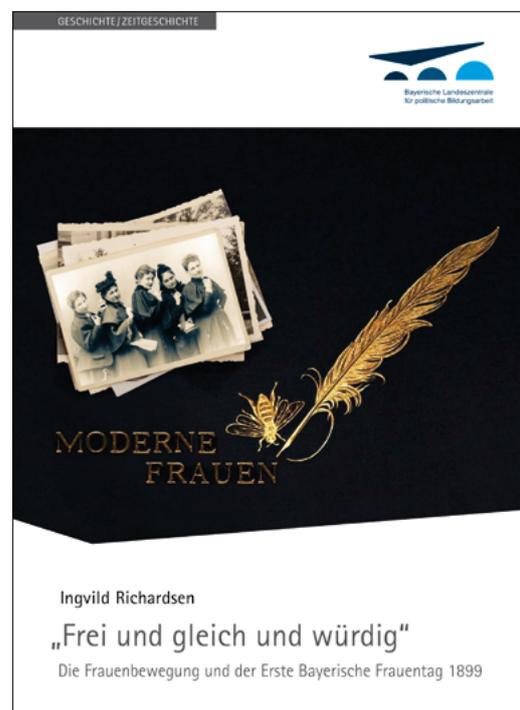
2019 blickten wir auf 100 Jahre Frauenwahlrecht zurück, was die Landeszentrale dazu bewogen hat, einen Themenschwerpunkt für das Jahr 2019 zu bilden. Deshalb fand vom 16. Oktober 2019 bis 21. Oktober 2019 die Themenwoche „Frauen in Bewegung“ statt. Es ging um das Engagement der bayerischen Frauen um Gleichberechtigung damals und heute. Die Themenwoche bildete einen Rahmen, in dem an den historischen Orten in München Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen angeboten wurden.

- 16.10.** Altes Rathaus München: „Bavarias Töchter“: Wie ist die Frauenbewegung entstanden und wie steht es heute um sie?
- 17.10.** Verein für Fraueninteressen: „Nun begann ein neues Leben!“ 100 Jahre Frauenwahlrecht – Parlamentarierinnen in Bayern. Eine Bilanz. Vortrag von Frau Prof. Dr. Daniela Neri-Ultsch
- 18.10.** Künstlerhaus am Lenbachplatz: Kreative Workshops für Schüler*innen rund um das Thema „Empowerment“ (z.B. zum Thema Selbstwert stärken und selbstbewusster werden; Was ist mir wichtig?, Think out of the box - Lerne, deine (Vor-)urteile zu überprüfen; Wie wollen wir zusammenleben?)
- 21.10.** Café Luitpold: „Frauenleben heute“: Salongespräche zu Themen, die Frauen heute bewegen – mit Frauen, die etwas bewegen.
- 22.10.** Münchner Seniorenbörse: Frauenleben in Europa

Begleitprogramm:

- Literaturportal Bayern: Frauenporträts und Stadtspaziergänge
- Lila Podcast

Neben dem historischen Jubiläum waren ein weiterer Impuls für die Themenwoche „Frauen in Bewegung“ Forschungsergebnisse von Dr. Ingvild Richardsen, die ganz neue Quellen zur Münchner Frauenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts erschließen konnte. In der Weimarer Verfassung war nach Artikel 109 festgelegt: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürger-



lichen Rechte und Pflichten.“ Dass dieser Artikel 1919 so formuliert wurde, war dem Einsatz zahlreicher Frauen und Männer zu verdanken: Eine besondere Szene der Frauenbewegung hatte sich in den 1890er Jahren um Protagonist*innen wie Anita Augspurg, Sophia Goudstikker, Ika Freudenberg, die Familie Haushofer, Hermann Obrist, August Endell und viele andere in München etabliert, die als Mitglieder im Verein für Fraueninteressen Einfluss auf die Emanzipationsbestre-

bungen in München, in Bayern, aber auch im ganzen Deutschen Reich ausübten. Besonderheiten dieser Münchner Frauenbewegung lagen vor allem darin, dass sich hier auch Männer für die Rechte der Frauen einsetzten, dass sie eng vernetzt war mit der zeitgenössischen modernen Kunst und Literatur, und dass sie sich örtlich auf die heutige Maxvorstadt und Schwabing in München konzentrierte, wo die wichtigsten Persönlichkeiten lebten und arbeiteten.

30 Jahre Mauerfall

Die Friedliche Revolution jährte sich 2019 zum dreißigsten Mal. Die Landeszentrale erinnerte in verschiedenen Formaten an den Mut und das Engagement der Menschen in der DDR sowie an den politischen Transformationsprozess in Deutschland.

Tagung: 30 Jahre nach der Wende

Am 23. und 24. Mai 2019 initiierte die LZ zusammen mit der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur in Volkach die Tagung „30 Jahre nach der „Wende“ – Kinder- und Jugendliteratur im Bildungskontext zwischen ästhetischer Welt, Erinnerungskultur und Geschichtsbewusstsein“. Im Mittelpunkt stand nicht nur die Diskussion über Darstellungen der sogenannten „Wende“ in kinder- und jugendliterarischen Texten oder Schulbüchern der letzten dreißig Jahre, sondern auch die Frage eines differenzierten Umgangs mit dem literarisch-künstlerischen Erbe Ostdeutschlands seit 1989. Etwa 80 Tagungsteilnehmer*innen

aus ganz Deutschland, darunter viele Lehrkräfte, Literatur- und Kulturvermittler*innen, Studierende der Germanistik und Geschichte diskutierten dabei zwei Tage lang. „Gemeinsam sind wir unterschiedlich“ – auf dieses Motto konnte man sich nach den beiden Tagen über die unterschiedlichen Perspektiven aus West und Ost einigen.

1949 – 1989 – 2019: Eine Standortbestimmung des vereinten Deutschland

Diesem Thema widmete sich vom 27. – 29. September 2019 in der Akademie für politische Bildung in Tutzing eine Tagung, die von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zusammen mit der Akademie für politische Bildung in Tutzing, dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für politische Bildung und der Europäischen Akademie Bayern veranstaltet wurde.

Im Fokus der Tagung standen die Ereignisse der „Friedlichen Revolution“ in der DDR, die Frage nach der Bewährung des Grundgesetzes 70 Jahre nach dessen Inkrafttreten ebenso wie die Beschäftigung mit dem aktuellen Zustand der politischen Kultur im vereinigten Deutschland und den gegenwärtigen Gefährdungen und Herausforderungen für Demokratie und politische Bildung durch erstarken Nationalismus und Populismus.

Der im Titel genannten Standortbestimmung des vereinten Deutschland sollten eine Reihe von Vorträgen und Gesprächen dienen. So sprach der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hans-Jürgen



Dr. Joachim Gauck (Bundespräsident a.D) mit Schulklasse;
Foto: APB Tutzing

Papier, zu Deutschlands Erfahrungen mit dem Grundgesetz. Die französische Journalistin Cecile Calla warf einen Blick von außen auf das vereinte Deutschland. Der Dokumentarfilm „Der Wind kommt von Norden“ und das anschließende Gespräch mit dem Regisseur und einem Zeitzeugen widmeten sich dem Thema Flucht aus der DDR. Eine Podiumsdiskussion der Direktorinnen und Direktoren der Landeszentralen für politische Bildung Hessen, Brandenburg und Bayern drehte sich um den neuen Nationalismus als Herausforderung für politische Bildung. Höhepunkt der dreitägigen Veranstaltung war der Vortrag des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck zum Thema 30 Jahre „Friedliche Revolution“ – Rückblick, Lehren und Perspektiven.

Schülerwettbewerb „Wege zur Freiheit“

Anlässlich des Falls des Eisernen Vorhangs am 9. November 1989 hat die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 2019 unter der Schirmherrschaft des Kultusministers Prof. Dr. Michael Piazolo den Schüler- und Jugendwettbewerb „Wege zur Freiheit“ ausgeschrieben. Rund 100 Schüler*innen nahmen teil und beschäftigten sich mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und der Diktatur in der DDR, fragten nach dem Alltag der Menschen an der Grenze und nahmen die besondere Situation Bayerns an der Grenze zur DDR und zur Tschechoslowakei in den Blick. Dabei haben sie der Sehnsucht von Menschen aus der DDR nach Freiheit und Selbstbestimmung nachgespürt. Die Wettbewerbsbeiträge wurden in Form von Videos, Podcasts, Bildern und Texten eingereicht.

Campus der Freiheit

Gemeinsam erlebten im Juli 2019 rund 150 junge Leute aus Bayern, Thüringen und Sachsen ein Stück Zeitgeschichte: in Informationsgesprächen und im Dialog mit Zeitzeug*innen diskutierten sie die Teilung Deutschlands, den Bau der Grenzanlagen und ihren Fall sowie die Wiedervereinigung. Für Bayerns Kultusstaatssekretärin Anna Stolz, die den „Campus der Freiheit“ in Mödlareuth eröffnete, bot dieser eine Chance, „dass die Teilung des Landes nicht in Vergessenheit gerät“. An kaum einem Ort habe die Teilung Deutschlands so dramatische Folgen gehabt wie in diesem Dorf am Tannbach. Der Verein „Spirit of football“ lockerte mit Spaß und Spiel zwischen Mauer und Grenzzaun die Diskussionen mit Fachleuten und Zeitzeugen auf. Ein Herr erzählte von seiner Flucht in den Westen, eine Dame



Schüler*innen erleben ein Stück Zeitgeschichte.
Foto: Dr. Ludwig Unger

vom Schicksal der Zwangsumsiedlung und eine andere Dame vom Alltag in der Sperrzone. Journalistinnen beteiligten sich an Gesprächen über die ZDF-Produktion Tannbach. Mitveranstalter des Campus war die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Vertiefte Einblicke in das Grenzregime

„Mauer, Zaun und Stacheldraht“, unter diesem Motto behandelten besonders interessierte Schülerinnen und Schüler aus je einer bayerischen Schule sowie einer Schule in Sachsen oder Thüringen im vergangenen Jahr in vier mehrtägigen Seminaren die Teilung Deutschlands und die Abschottung der DDR mit Hilfe von Grenzanlagen. Das Deutsch-Deutsche Museum in dem kleinen Ort Mödlareuth diesseits und jenseits des Tannbachs eröffnet durch die verbliebenen Grenzanlagen bis heute einen authentischen Eindruck von der Brutalität des Grenzregimes und seiner Wirkung auf den Alltag der Bewohner. Das Gespräch mit Experten und Zeitzeugen ergänzte die Erlebnisse in „Little Berlin“.

Erinnerung an Diktatur und Weg zur Einheit

Zusammen mit der Initiative Rodachtal und der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen hatte die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit



Ehemalige Grenzanlage im Deutsch-Deutschen Museum in Mödlareuth; Foto: Dr. Ludwig Unger

im Oktober zu Gesprächen zum Thema „30 Jahre offene Grenzen“ eingeladen. Eröffnet wurde der Tag in Eisfeld durch den Vorsitzenden des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm. Seine Botschaft zum Fall der Mauer: „Ich bin dankbar für so vieles, was wir seit 1989 erleben durften.“ Gerd Braun, 1989 Bürgermeister im thüringischen Eisfeld, erinnerte mit seinem damaligen Seßlacher Kol-

legen Hendrik Dressel an den völlig unerwarteten Wandel 1989/1990, der den Menschen in der DDR Freiheit und Freizügigkeit gebracht hat. Dressel hat später mit Amtskollegen aus den Landkreisen Coburg und Hildburghausen die Initiative Rodachtal ins Leben gerufen. Diese trägt dazu bei, die Geschichte der Menschen im SED-Staat nicht zu vergessen. Klar wurde: Die Wiedervereinigung ist noch nicht abgeschlossen.

„Bayerns Weg in die moderne deutsche Demokratie und nach Europa“

Anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Grundgesetzes und der Abstimmung im Bayerischen Landtag am 19. und 20. Mai 1949 über die Annahme des Grundgesetzes und dessen Geltung auch für Bayern fand am 20. Mai 2019 im Münchner Presseclub eine Podiumsdiskussion über den Weg Bayerns in die Bundesrepublik und die Europäische Union statt.

Staatsrechtler Prof. Dr. Max-Emanuel Geiß, der Landeshistoriker Prof. Dr. Ferdinand Kramer, die Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Kerstin Schneider und Nikolaus Neumaier vom Bayerischen Rundfunk und der Direktor der Landeszentrale Rupert Gröbl tauschten unter der Moderation des Vorsitzenden des Presseclubs, Peter Schmalz, durchaus kontroverse Positionen aus. Einigkeit herrschte allerdings bei der Ansicht, dass Europa in Zeiten des aufkommenden Nationalismus und Populismus eine weiterhin wichtige Rolle für Frieden, Sicherheit und Wohlstand der Menschen spielt.



Lernorte als Begegnungs- und Informationsformate für Schülergruppen



Dr. Florian Herrmann, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, begrüßt die Gäste; Foto: Bayerische Staatskanzlei

„Lernort Staatsregierung“

Seit 1989 werden im Rahmen des Programms „Lernort Staatsregierung“ von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Besuche von Schulklassen in den Bayerischen Staatsministerien und in der Bayerischen Staatskanzlei organisiert. Schüler*innen aller Schulformen erhalten dabei die Möglichkeit, sich über Aufgaben und Arbeitsweise der Bayerischen Staatsregierung zu informieren. Die Jugendlichen sollen „vor Ort“ einen Einblick bekommen, wo Politik gemacht wird und wie die politischen Entscheidungsprozesse ablaufen. Im Gespräch mit leitenden Beamt*innen und nach Möglichkeit mit Mitgliedern des bayerischen Kabinetts wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um das Interesse an staatlichem Handeln der Exekutive zu fördern.

Auch 2019 wurden wieder alle Bayerischen Staatsministerien und die Staatskanzlei von Schülergruppen besucht. Wie bereits in den Vorjahren war auch der zweite Dienstsitz des Staatsministeriums der Finanzen

und für Heimat in Nürnberg Bestandteil des Formats. Neu hinzugekommen ist das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege in Nürnberg. Hier wurde insbesondere für Schulklassen aus dem nordbayerischen Raum ein weiteres Angebot geschaffen, das durch einen Besuch des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Erlangen ergänzt wird.

Bei insgesamt 134 Veranstaltungen im Schuljahr 2018/19 mit 3852 Teilnehmern (davon 264 Lehrkräfte, 51 Referendarinnen und Referendare sowie 3537 Schülerinnen und Schüler), hatten 22 Gruppen die Gelegenheit zu einem Gespräch mit einem Kabinettsmitglied. Auch die Vertretung des Freistaats Bayern beim Bund in Berlin (sechs Schülergruppen), die Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union in Brüssel (sechs Schülergruppen) sowie die Bayerische Repräsentanz bei der Tschechischen Republik in Prag (zwei Schülergruppen) wurden wieder in das Programm mit einbezogen.

Am 19. März 2019 fand im Kuppelsaal der Bayerischen Staatskanzlei der traditionelle Empfang des Herrn Ministerpräsidenten für sieben Schulklassen unterschiedlicher Schularten aus allen Regierungsbezirken statt, bei dem Herr Staatsminister Dr. Florian

Herrmann die Schüler*innen begrüßte und im Anschluss zusammen mit weiteren Mitgliedern des Kabinetts für Gespräche zur Verfügung stand. Für den musikalischen Rahmen sorgte das Bläserensemble des Markgraf-Georg-Friedrich-Gymnasiums Kulmbach.

30 Jahre „Lernort Staatsregierung“

Am 9. Oktober 2019 nahm der 150.000. Schüler seit Beginn des Formats vor 30 Jahren am Informationstag „Lernort Staatsregierung“ teil. Zur Feier dieses Jubiläums begrüßte Ministerpräsident Dr. Markus Söder die Schüler*innen des Sebastian-Finsterwalder-Gymnasiums Rosenheim in der Staatskanzlei und nahm sich Zeit für ein intensives Gespräch mit den Jugendlichen im Ministerratsaal. Nach einem anschließenden Rundgang durch die Staatskanzlei, im Rahmen dessen die Geschichte des Gebäudes

beleuchtet wurde, informierten Beamte des Hauses über internationale Beziehungen und regionale Partnerschaften des Freistaats Bayern, über das Verfassen von Reden für Kabinettsmitglieder sowie über die Medienpolitik. So hatten die Schüler*innen am Ende des Tages nicht nur einen unmittelbaren Einblick in die Arbeitsfelder der Staatskanzlei erhalten, sondern auch ihre Fragen zu aktuellen politischen Themen und Arbeitsabläufen direkt an das Staatsoberhaupt Bayerns richten können.



Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Gespräch mit Schüler*innen;
Foto: Bayerische Staatskanzlei

„Lernort Rathaus“ und weitere Angebote zur kommunalpolitischen Bildung

Die Landeszentrale initiierte 2019 ein Pilotprojekt zur kommunalpolitischen Bildung. Insbesondere durch den „Lernort Rathaus“ im Vorfeld der Kommunalwahlen in Bayern 2020 soll Schulen ein attraktives Angebot gemacht werden, um die oftmals unterschätzte Bedeutung kommunaler Politik in den Fokus zu rücken. Darüber hinaus soll die Arbeit der BLZ stärker in die Fläche getragen werden. In der Pilotregion Unterfranken konnten sich alle weiterführenden Schulen für drei Formate bewerben.

Beim „Lernort Rathaus“ haben Schulklassen die Möglichkeit, ihre Gemeinde besser kennen zu lernen. Dieser Informationstag im Rathaus umfasst einen inhaltlichen Input zum Thema Kommunalpolitik, eine interaktive Rallye sowie ein moderiertes Gespräch mit der/dem (Ober-) Bürgermeister*in. Während der Rallye, die die Jugendlichen mit Hilfe ihrer Smartphones auf eine Erkundungstour durch das Rathaus führt und die vielfältigen Aufgaben kommunaler Politik veranschaulicht, werden auch Interviews mit Mitarbeiter*innen

der Gemeinde geführt. Durch den außerschulischen, authentischen Lernort sowie den direkten Kontakt mit der Verwaltung und politisch Verantwortlichen soll das Interesse der Jugendlichen an „Politik vor Ort“ geweckt und eventuell bestehende Berührungängste oder Vorurteile abgebaut werden.

Des Weiteren bietet die Landeszentrale einen kommunalpolitischen Workshop „Kommunal zur Wahl“ und das Planspiel „Du hast die Wahl in Wahlburg“ direkt an Schulen an. Während beim Planspiel eine Kommunalwahl simuliert und ausgewertet wird, vermittelt der methodisch an unterschiedliche Jahrgangsstufen und Schulformen angepasste Workshop einen ersten Einstieg in das Thema Kommunalpolitik. Zwischen Oktober und Dezember 2019 fanden die ersten acht Veranstaltungen mit Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien aus Würzburg, Aschaffenburg und Haßfurt mit über 220 Schüler*innen statt. 2020 wird das Pilotprojekt fortgesetzt und auf Schwaben ausgeweitet.



Schüler*innen lernen das Rathaus von innen kennen ...
Foto: LZ



... und informieren sich über kommunale Bereiche.
Foto: LZ

Politische Bildungsarbeit zu Europa

Anwachsender Nationalismus in Europa



Das Foto von einem Kunstwerk des britischen Streetart-Künstlers Banksy für das Cover stammt von picture alliance/Xinuua/Banksy.

2019 stand die Europäische Union unter anderem durch den „Brexit“, starke nationalistische Bewegun-

gen in einigen Mitgliedstaaten (z.B. Katalonien) und gewachsene außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen vor großen Problemen – und das im Jahr der Europawahlen. Ein Schwerpunkt der ersten beiden Ausgaben von „Einsichten und Perspektiven“ beschäftigte sich daher mit der Frage, welche Bedeutung der „neue Nationalismus“ für Europa hat: Neben dem eher grundsätzlich ausgerichteten Beitrag von Andreas Fahrmeir (Europa und der Nationalismus) beleuchteten Cecilia Mussini (Die nationalistische Rhetorik der italienischen Regierungskoalition zwischen Online- und Offline-Welt) und Krzysztof Ruchniewicz (Wie viel Nationalismus verträgt die Europäische Union? Im Fokus: Polen) dabei die Lage in Italien und Polen näher. In der Ausgabe 2/2019 analysierte Roland Sturm (Rückwärts-gewandte Zukunftsvisionen) die Lage im Vereinigten Königreich, während Daniel Lemmer (Der spanische Nationalismus im Aufwind?) auf Spanien und die Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien einging. Eine Wahlachse der Europa-Wahlen durch Thorsten Winkelmann rundete die Serie ab. Als Quintessenz der Untersuchungen eignet sich vielleicht Andreas Fahrmeirs Resümee: „Zur Panik besteht gewiss kein Anlass, zur kritischen Reflexion schon.“

Juniorwahl zur Europawahl

Parallel zur Europawahl 2019 fand auch in Bayern die Juniorwahl statt: Eine realistische Simulation, bei der Schülerinnen und Schüler erste eigene Erfahrungen mit demokratischen Wahlen machen können – auch, wenn sie noch keine 18 Jahre alt sind.

Teilnehmen konnten Schulklassen ab der 7. Jahrgangsstufe aller weiterführenden Schularten. Zur Vorbereitung und Durchführung wurde den Lehrkräften jeweils ein Unterrichtspaket mit Anregungen für den Unterricht sowie ein Wahlpaket mit den Materialien für den Wahlvorgang zur Verfügung gestellt.

Die Juniorwahl 2019 wurde bundesweit gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Europäische Parlament sowie die Bundeszentrale für politische Bildung. In

Bayern konnte die Umsetzung der Juniorwahl an 475 Schulen dank der Unterstützung der Bayerischen Staatskanzlei und der Bayerischen Landeszent-



© Juniorwahl 2020

rale für politische Bildungsarbeit kostenfrei erfolgen. Schirmherren des Projekts waren Dr. Florian Herrmann, bayerischer Staatsminister für Bundes- und

Europaangelegenheiten und Medien, und Prof. Dr. Michael Piazzolo, bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus.

Ein Bus für Europa



Der Europabus in Augsburg

Vom 30.4. bis 13.5.2019 war der Europabus in ganz Bayern auf Tour und hat Menschen zusammengebracht. 14 Städte in zwei Wochen: Die Kooperationspartner hatten sich zusammengeschlossen, um Menschen in verschiedenen bayerischen Städten ein Forum zum Diskutieren zu bieten. Ob Deggendorf, Memmingen, München oder Aschaffenburg – auf der Route waren Kommunen aller sieben Regierungsbezirke vertreten. Dass Europa für Menschen in Bayern ein wichtiges Thema ist, konnte man am großen Andrang und dem Diskussionsbedarf der Besucher feststellen.

Unter den Gästen des Europabusses befanden sich auch Politiker aus Bayern, u. a. der Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Dr. Florian Herrmann, der sich im Europabus Fragen von Schüler*innen aus Augsburg stellte. Auch die Staats-



Der „Wahl-O-Mat zum Aufkleben“ wird gerne genutzt.

ministerin für Digitales, Judith Gerlach, besuchte den Europabus in Aschaffenburg und diskutierte mit Schüler*innen über Digitalisierung und Netzpolitik. Beim Europatag in München war Staatsminister für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Michael Piazzolo Gesprächspartner im Bus.

Neben einem vielseitigen Programm aus Workshops und Debatten zu politischen Themen gab es eine weitere Attraktion: den analogen Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung, der auf dieser Tour in Bayern seine Premiere feierte. Der Wahl-O-Mat zum Aufkleben bot Besucher*innen die Gelegenheit, sich über aktuelle Europapolitik und die zur Wahl stehenden Parteien zu informieren und seine persönlichen parteilichen Präferenzen im Wahl-O-Mat-Ergebnis errechnet zu bekommen.

Politische Bildungsarbeit im Zeitalter der Digitalisierung

Die digitale Transformation als gesellschaftliche Herausforderung

Digitalisierung – also der Einsatz von digitalen Technologien in allen Bereichen des modernen Lebens – verändert die Arbeitsabläufe in Wirtschaft, Politik, Medizin und Kultur genauso wie den privaten Bereich jedes einzelnen Bürgers. Die technologische Transformation hat viele gute Seiten und großes Innovationspotenzial, birgt aber auch Herausforderungen für den Alltag des Einzelnen und das gesellschaftliche Zusammenleben. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurde 2019 in der Landeszentrale das neue Referat „Politische Bildung online“ geschaffen.

Die digitale Umwelt ist komplex, entgrenzt und unübersichtlich und fordert unsere Gesellschaft. Deshalb ist es ein wichtiges Ziel politischer Bildungsarbeit, Bürger*innen sowohl zu einer politischen als auch zu einer medialen Mündigkeit zu befähigen.

Das Ziel politischer Bildung ist weiterhin die Ermöglichung von Mündigkeit

Dies bedeutet in einer digitalen Gesellschaft vor allem zweierlei: Erstens muss Orientierungswissen vermittelt werden, damit Bürger*innen einordnen können, welche Positionen ein demokratisches und plural verfasstes Gemeinwesen gefährden. Das betrifft im Speziellen jede Art von Freund-Feind-Denken, wie es beispielsweise in rassistischen, populistischen oder antisemitischen Vorstellungen zum Ausdruck kommt. Menschen müssen dazu befähigt werden, solche Vorstellungen zu erkennen und diesen mit konkreten Strategien entgegenzutreten. Dabei ist es egal, ob eine antisemitische Verschwörungstheorie auf dem Schulhof oder in der WhatsApp-Gruppe einer Klassengemeinschaft verbreitet wird – in beiden Situationen brauchen Menschen konkrete Handlungsstrategien, um dem ganz konkret etwas entgegenzusetzen.

Digitale Mündigkeit bedeutet, Orientierung und einen souveränen Umgang in einem Meer an Informationen zu ermöglichen.

Gerade angesichts des Verlusts der Selbstverständlichkeiten in fast allen Lebensbereichen durch den digitalen Wandel bedeutet eine Orientierung am Ideal der Mündigkeit zweitens, einen souveränen Umgang in Bezug auf soziale Veränderungen zu vermitteln. Auf komplexe Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens gibt es viele mögliche Perspektiven, die man versuchen muss zu verstehen. Mündigkeit unter digitalen Vorzeichen bedeutet daher, zu vermitteln, dass man viele Dinge des öffentlichen Zusammenlebens so, aber eben auch auf andere Art, sehen kann und dass man diese Perspektivendifferenz innerhalb des vom Grundgesetz vorgegebenen Rahmens auch aushalten muss, ja dass sie in vielerlei Hinsicht sogar eine Bereicherung darstellen kann.

Das Ziel der politischen Bildung muss daher auch im digitalen Zeitalter weiterhin sein, eine produktive Diskussionskultur innerhalb der kontrovers stattfindenden Debatten zu vermitteln und so zu einem souveränen Umgang mit und zwischen den verschiedenen Positionen beizutragen.

Was bedeutet die digitale Transformation für die Landeszentrale?

Was bedeutet eine solche Orientierung am Ideal der Mündigkeit und an den Bedingungen der digitalen Transformation für die Arbeit der Landeszentrale? Die Herausforderungen lassen sich grob in drei Bereiche gliedern: Den Ausbau digitaler Kommunikationskanäle, die Fokussierung auf netzpolitische Fragestellungen und die fortlaufende Weiterentwicklung des Themas Digitalisierung als Querschnittsaufgabe der Landeszentrale.

Der Ausbau digitaler Kommunikationskanäle

Zunächst muss die Landeszentrale neue Kommunikationskanäle erschließen, um jüngere Zielgruppen für ihre politische Bildungsarbeit zu erreichen. Dafür müssen die Kommunikationsangebote auf die digitale Medienumgebung jüngerer Generationen ausgedehnt werden, aber auch Multiplikator*innen aus der Bildungsarbeit erreicht werden. Seit September 2019 betreibt die Landeszentrale dazu einen eigenen Twitter-Account, um Multiplikator*innen in den Bereichen der schulischen und außerschulischen Bildung zu erreichen und ihr Netzwerk zu anderen Akteuren der politischen Bildung in und außerhalb Bayerns zu pflegen (https://twitter.com/lz_bayern) (Follower 189, Tweets 140; Followerzuwachs: 37,8%; Stand: 12/19). Darüber hinaus gibt die Landeszentrale als Ergänzung zum halbjährlich erscheinenden Newsletter, der an alle Schulen in Bayern verschickt wird, einen elektronischen Newsletter heraus. Darin werden Multiplikator*innen monatlich über neue Bildungsformate der Landeszentrale informiert.



Digitale Vermittlungsformate

Mit dem Format „Zeit für Politik“ stellt die Landeszentrale Lehrenden und Schüler*innen Handreichungen und YouTube-Videos zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen wie Extremismus in sozialen Medien oder Fast Fashion zur Verfügung (www.blz.bayern.de/zeit-fuer-politik.html) (Views: 3.300; Impressionen: 7.300; Klickrate der Impressionen: +16%; Stand 12/19). Jede Folge ist als fertige Einheit für den sofortigen Einsatz im Unterricht konzipiert: Lehrkräfte kön-

nen für jedes Thema ein Stundenkonzept für 45 Minuten, Arbeitsblätter, dazu Videos oder andere begleitende Materialien herunterladen. Die Einheiten eignen sich für alle weiterführenden Schularten ab der achten Klasse und können für Vertretungsstunden sowie im regulären Unterricht eingesetzt werden.

Fokus auf netzpolitische Themen

Neben der Notwendigkeit, neue mediale Formate zu entwickeln, um junge Zielgruppen zeitgemäß zu erreichen, wirft die informationstechnische Durchdringung moderner Lebenswelten auch neue Themen und Fragestellungen auf, die die Kernaufgaben der Landeszentrale berühren. Im Zuge dessen ist in den letzten Jahren das Politikfeld der Netzpolitik & Medien entstanden. Kennzeichen netzpolitischer Fragestellungen ist stets, dass dabei technologische Entwicklung und gesellschaftspolitische Fragen eng miteinander verknüpft sind.



Erster bayernweiter Schülermedientag

Am 3. Mai 2019, dem Tag der Internationalen Pressefreiheit, fand der erste bayernweite Schülermedientag statt.

Unter dem Motto „Fakten gegen Fakes - Wie glaubwürdig sind unsere Medien?“ haben sich ca. 200 Medienprofis an weiterführende bayerische Schulen begeben, um dort mit Schülerinnen und Schülern über



Fake News im Netz und die Funktion der Medien im politischen Prozess zu sprechen. Medienexpert*innen treten mit Schüler*innen in einen analogen Dialog über digitale Themen, denn im direkten Austausch vor Ort ergibt sich nicht nur die Möglichkeit nachzufragen, sondern auch zu diskutieren, voneinander zu lernen und Missverständnisse über mediale Berichterstattung u.a. auch in den digitalen und sozialen Medien auszuräumen. Um diesen Dialog zu ermöglichen, bedarf es einer Bündelung aller Kräfte: So stellten zahlreiche Medienhäuser Journalist*innen ab, um rund um den 3. Mai Schulen zu besuchen.

Um der Vielfalt der Themen gerecht zu werden, haben die Landeszentralen für politische Bildung und die Bundeszentrale für politische Bildung im vergangenen Jahr erneut die „Aktionstage für Netzpolitik und Demokratie“ durchgeführt. In ganz Bayern fanden 2019 insgesamt 18 Veranstaltungen statt. Die Bandbreite der Veranstaltungen entsprach dabei der Vielfältigkeit des Themas und richtete sich an ein breites Zielpublikum. So schulten z.B. mehrere Workshops an Schulen Schüler*innen im Umgang mit neuen Medien und ermöglichten eine Diskussion über deren Funktionsweise sowie den damit einhergehenden Chancen und Risiken

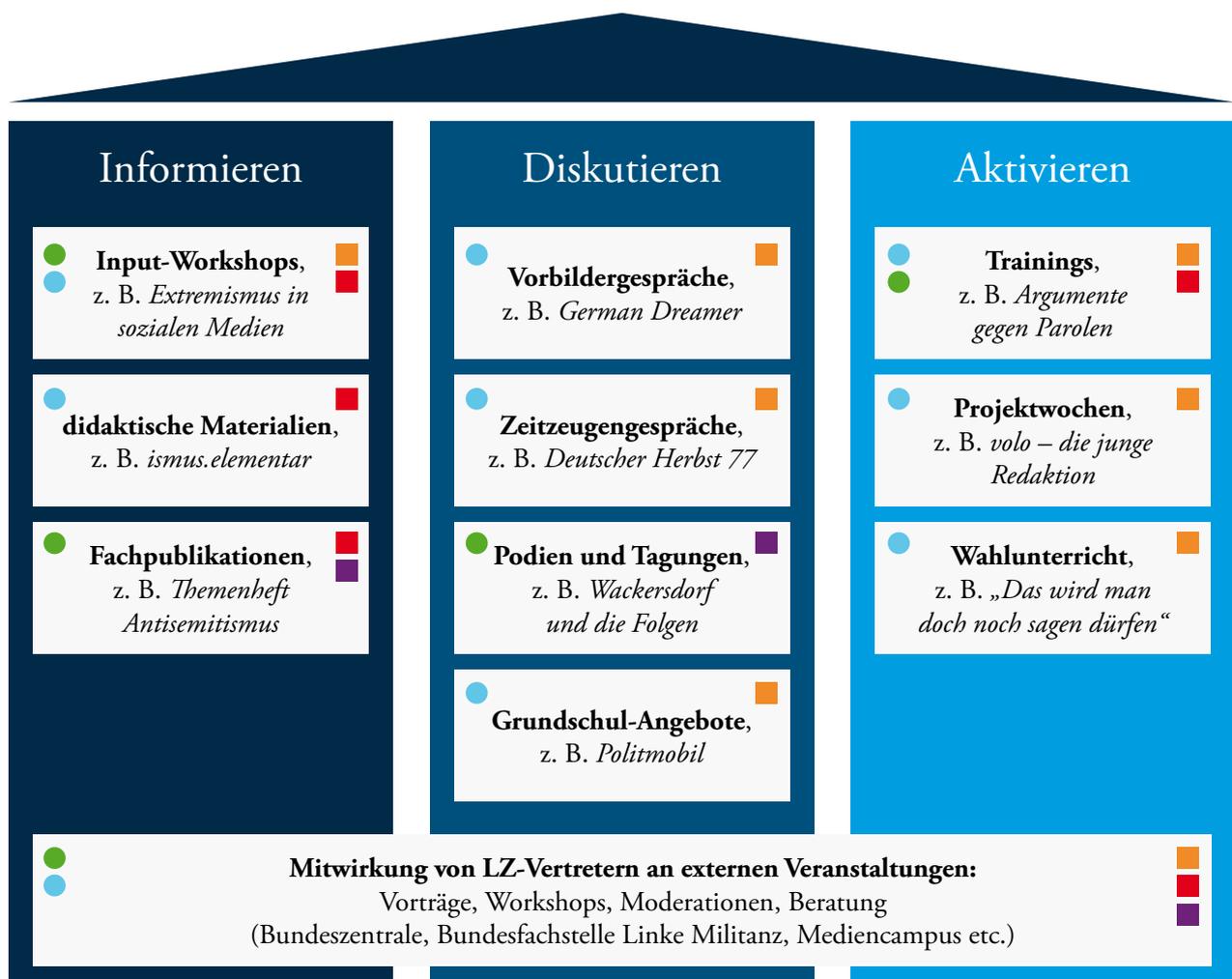
einer digitalen Öffentlichkeit. In Augsburg und Prien stand an Schulen das Thema Hasskommunikation im Fokus, in Cadolzburg setzten sich Schülerinnen gezielt mit Geschlechterstereotypen auf Instagram auseinander. Den Abschluss der Aktionstage in Bayern bildete eine Podiumsdiskussion im Café Degginger in Regensburg, bei der über die Konsequenzen der geänderten Richtlinie zum EU-Urheberrecht diskutiert wurde. Ein Kernpunkt dabei war, welche Auswirkungen die Einführung von Uploadfiltern für die Zukunft des Internets haben wird. Wie können Upload-Filter praktisch funktionieren; können diese beispielsweise Parodien erkennen? Besteht dadurch die Gefahr von Zensur und von sogenanntem Overblocking? Bei einer Kooperationsveranstaltung in Nürnberg wurde der Fokus auf die Chancen neuer Technologien für Menschen mit Behinderung gelegt. Besonders in der digitalen Welt gibt es bereits heute viele Tools und Apps, die Menschen dabei helfen können, sich im Alltag besser zurechtfinden – etwa den Blindenstock der Zukunft, der mit Sensoren ausgestattet ist und blinden Menschen dadurch bei der Orientierung im Alltag hilft. Im November 2020 werden die nächsten Aktionstage Netzpolitik & Demokratie unter Federführung der BLZ stattfinden.

Vorbeugung und Aufklärung über Extremismen und demokratiegefährdende Einstellungen, Antidiskriminierungs- und Integrationsarbeit, Werteerziehung

Nicht nur auf Grundlage ihrer Umstrukturierung sondern auch aufgrund der beunruhigenden gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre rückt der Themenbereich der Extremismusvorbeugung und Antidiskriminierungsarbeit noch weiter in den Fokus der Arbeit der Landeszentrale.

Ziel der Arbeit des 2019 neu eingerichteten Referats ist es dabei, nicht nur über die Mechanismen und Verbreitung extremistischer Positionen und Narrative – gerade im Netz und in den sozialen Medien – zu

informieren, sondern durch eine allgemeine Präventionsarbeit auch gezielt demokratische Haltungen zu stärken und dadurch der Ausgrenzung und Abwertung vorzubeugen.



● wissenschaftl.
 ● pädagogisch
 ■ für Schüler*innen
 ■ für Pädagogen
 ■ für die Öffentlichkeit



Unter dem Titel „Hass 2.0“ informierte die Landeszentrale sowohl in Fortbildungen für Pädagog*innen als auch in Schülerworkshops über kommunikative Strategien von extremistischen Gruppierungen im Internet und in den sozialen Medien. Während der Fokus in den

Lehrerfortbildungen eher darauf liegt, zu zeigen, mit welchen geschickten Mitteln gerade Jugendliche im Netz gezielt angesprochen werden, wird in den Schülerworkshops auch das Phänomen „Hate Speech“ in den Blick genommen. Auch Strategien, wie Jugendliche darauf angemessen reagieren können, wurden gemeinsam diskutiert und entwickelt.

In vielen Einzelveranstaltungen war unter anderem die zunehmende Bedrohung durch extremistische und terroristische Gruppierungen ein zentrales Thema. Anlässlich einer Ausstellung im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg mit dem Titel „Blutiger Boden“ tauschten sich etwa die Fotokünstlerin Regina Schmeken, aus deren Werken die Ausstellung besteht, und die Journalistin und Prozessbeobachterin Annette Ramelsberger mit Pädagog*innen über den NSU-Prozess und die Aufarbeitung rechtsterroristischer Straftaten des sog. „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) aus, wobei deutlich wurde, dass v.a. den Opfern terroristischer Attacken noch wesentlich mehr Beachtung geschenkt werden muss.



Multiplikatorenfortbildung im Kontext der Ausstellung „Blutiger Boden“



Grundschüler beim Projekt „Plastik & Meer“

Francois Drozak durchführt, ging 2019 an den Start. Ziel ist es, Jugendliche für eine offene, diverse mediale Berichterstattung zu sensibilisieren und zudem Kommunen sowie soziale Einrichtungen vor Ort und Jugendliche miteinander ins Gespräch zu bringen. Die erste Projektwoche fand etwa im Frühjahr 2019 in Selb statt: Schüler*innen der Dr.-Franz-Bogner-Mittelschule und des Walter-Gropius-Gymnasiums in Selb beschäftigten sich in einer trimedialen Projektwoche damit, was eigentlich unter dem Begriff „extrem“ zu verstehen ist und ab welchem Zeitpunkt Extremes gefährlich werden kann. Dafür befragten die Jugendlichen unterschiedliche „Expert*innen“.

Während eine Gruppe gemeinsam mit der Frankenpost eine Doppelseite für eine Ausgabe der Zeitung erstellte, arbeiteten andere Redakteure wiederum an einem Radiofeature unter Mithilfe der Evangelischen Funkagentur. Die dritte Gruppe packte die Ergebnisse in eine szenische Live-Talkshow, die an zwei Tagen im Rosenthal-Theater in Selb für mehr als 500 Zuschauer*innen aufgeführt wurde.

Weitere derartige Projektwochen fanden und finden bis 2020 in allen bayerischen Regierungsbezirken zu unterschiedlichen Themen statt.

Im Bereich der Werteziehung machte 2019 erstmalig das „Politmobil“ in 22 bayerischen Grundschulen Station. Die Landeszentrale führte hier in Kooperation mit dem Förderverein Erfahrungsfeld e.V. mobile Projektstage an Grundschulen in Bayern durch. Dabei konnten Schulklassen, die sich bei der Landeszentrale um ein Projekt beworben hatten, zwischen zwei Themenkomplexen wählen: „Textilherstellung/Menschenrechtsbildung“ oder „Plastik & Meer/Umweltschutz“. Mit dem sog. Politmobil besuchten Teamer*innen inklusive aller benötigten didaktischen Materialien die teilnehmenden Schulen und führten nach einem vorab gemeinsam mit der BLZ erarbeiteten Konzept den Projekttag mit den Schüler*innen durch.

Ziel des Projekts war, anhand von exemplarischen Beispielen das Bewusstsein einer Werteerziehung von Kindern zu entwickeln, bzw. zu stärken und die Kompetenz der politischen Urteilsfähigkeit zu erlernen. Es sollten dabei Grundschulen in ganz Bayern angesprochen werden, gerade auch in ländlichen Regionen.

Aus der Verwaltung

Institutionelle Förderung

Aus den der Landeszentrale zur Bewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmitteln wurden im Jahr 2019 verschiedene Institutionen (Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition e.V., die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit sowie der Zweckverband Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth) mit insgesamt **169.280,51 €** institutionell gefördert.

Verwaltungsleitung

Die Verwaltungsleitung ist zuständig für die Rechts- und Haushaltsangelegenheiten der Landeszentrale.

Neben der Abwicklung von Förderverfahren für Veranstaltungen oder sonstige Projekte zur politischen Bildungsarbeit von Schulen obliegt der Verwaltungsleitung auch die haushälterische Abwicklung der Sacharbeit der Landeszentrale, für die im Haushaltsjahr 2019 ein Betrag in Höhe von **1.127.331,31 €** ausgegeben wurde.

Dieser teilt sich auf wie folgt:

Zweckbestimmung	Ausgaben
Publikationen (einschließlich Vertrieb)	400.789,55 EUR
Medienarbeit	20.195,47 EUR
Veranstaltungen	334.507,76 EUR
Lernort Staatsregierung / Lernort Rathaus	93.801,68 EUR
Fahrten zu KZ-Gedenkstätten sowie zum Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth	278.036,85 EUR
Summe	1.127.331,31 EUR

Seit 1. Januar 2019 ist die Verwaltungsleitung aufgrund der neuen Rechtsform der Landeszentrale als teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts weiterhin zuständig für die Personalverwaltung. Seitdem wurden 15 neue Kolleg*innen eingestellt, die zum weit überwiegenden Teil für die Aufgabenerfüllung in den neuen Referaten „Extremismusvorbeugung“ und „Politische Bildung online“ zuständig sind.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Tel.: 089 2186-2188, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

